

Ist die chinesische  
Religionspolitik  
gleichbedeutend mit  
Christenverfolgung?

## **Zur Situation der christlichen Kirchen in der Volksrepublik China**

Georg Evers

In der Berichterstattung über die Volksrepublik (VR) China wird in regelmäßigen Abständen von Verhaftungen von Bischöfen, Priestern und Pastoren berichtet, die wegen religiöser Aktivitäten, die ohne Genehmigung der Behörden „im Untergrund“ stattfanden, zu Gefängnisstrafen, Arbeitslager oder Hausarrest verurteilt werden. Menschenrechtsorganisationen werfen daher den chinesischen Behörden immer wieder Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit vor. Die chinesischen Behörden dagegen betonen, dass es in China durchaus Religionsfreiheit gebe, deren Ausübung allerdings an Gesetze und Regeln gebunden sei. Verstöße gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Religionsfreiheit seien daher kriminelle Handlungen, die nach den Gesetzen verfolgt werden müssten. Bischöfe der Untergrundkirche werden scharf kontrolliert, in Hausarrest gehalten oder in Arbeitslager verbracht. Mit der Vergabe und Durchführung der Olympischen Spiele 2008 in Peking war auf vielen Seiten die Erwartung verbunden, dass sie zu einer signifikanten Verbesserung der Situation der Menschenrechte und damit verbunden auch der Religionsfreiheit führen würden. Diese Erwartungen wurden allerdings größtenteils enttäuscht. Es kam zwar zu einigen Verbesserungen auf dem Gebiet der Pressefreiheit. Auch wurden für die Teilnehmer und Besucher Möglichkeiten der Teilnahme an Gottesdiensten geschaffen. Aber eine bleibende Verbesserung der Menschenrechtssituation ist ausgeblieben. Angehörige der

Untergrundkirche, Vertreter der Demokratiebewegung und andere Gruppen, die sich für Menschenrechte wie Freiheit von Presse und Religion und ein Mehrparteiensystem einsetzen, mussten immer wieder erleben, dass die chinesischen Behörden ihre Tätigkeiten als kriminell einstufen und entsprechend verfolgten.

### **„Koloniale Hypothek“**

Um die Rolle der Religionen und besonders des Christentums in der VR China zu verstehen, ist es unabdinglich, einen Blick zurück in die Missions- und Kirchengeschichte zu tun. Während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts bis zur Gründung der VR China 1949 waren Tausende christliche Missionare in China tätig, und das Christentum erlebte eine Zeit des Wachstums. In den Augen vieler national gesinnter Chinesen erschien das Christentum allerdings allzu sehr verbunden mit den kolonialen Unternehmungen der europäischen Länder. Das Bild des Christentums in China ist auch heute noch weitgehend mit dieser „kolonialen Hypothek“ belastet. Den neu gewonnenen chinesischen Christen wurde von ihren Mitbürgern vorgeworfen, sich durch die Taufe aus der chinesischen Volksgemeinschaft verabschiedet zu haben. Dies drückt der damals weitverbreitete Slogan aus: „Ein Christ mehr – ein Chinese weniger.“ Denn viele Chinesen zweifelten an der Aufrichtigkeit der Bekehrung der chinesischen Konvertiten zum Christentum und unterstellten ih-

nen, die sie verächtlich „Reis-Christen“ nannten, sich wegen der mit der Taufe verbundenen materiellen Vorteile und nicht aus innerer Überzeugung zum Christentum bekehrt zu haben. Der ausländische Charakter des Christentums in China zeigte sich auch darin, dass die Leitungsfunktionen in der katholischen Kirche in China lange ausschließlich von europäischen Missionaren ausgeübt wurden. Erst 1926 wurden die ersten sechs chinesischen Bischöfe geweiht. Im Bürgerkrieg 1945 bis 1949 standen die chinesischen Christen aufseiten der Nationalisten und gegen die Kommunistische Partei, die sie wegen ihrer antireligiösen Politik ablehnten.

### **Marxistische Religionskritik und religiöse Tradition**

Als die Kommunisten siegten und 1949 die Volksrepublik China ausriefen, wurden die Christen von der neuen kommunistischen Führung entsprechend als Gegner angesehen. Während des Koreakriegs 1950 bis 1953 wurden nach Schauprozessen vor Volksgerichten, bei denen sie der Spionage und anderer Verbrechen angeklagt wurden, mehr als sechstausend ausländische Missionare aus China ausgewiesen. Die Religionspolitik der kommunistischen Regierung war von Anfang an von marxistischer Religionskritik bestimmt. Danach sollten die Religionen mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ihre vorläufige Funktion, „Opium des Volkes“ zu sein, verlieren und von selbst zugrunde gehen, da die Menschen nicht länger auf diese vorwissenschaftliche Weltsicht angewiesen sein würden. Ein anderer Faktor war das traditionelle Verständnis von Religion in China, das den Religionen die Rolle zuweist, unter der Führung und Kontrolle durch die Kaiser, jetzt der Kommunistischen Partei, für Frieden und Harmonie in der Gesellschaft zu wirken. Den Religionen war damit versagt, eine irgendwie

geartete prophetische und kritische Rolle in der Gesellschaft zu spielen.

### **Religionspolitik als vollständige Kontrolle**

Ziel der Religionspolitik der VR China war von Anfang an sicherzustellen, dass die Religionen nur auf ihre strikt religiösen Aktivitäten eingeschränkt blieben. Den christlichen Kirchen wurden daher alle Tätigkeiten auf den Gebieten der Erziehung, der Medizin und der Sozialarbeit genommen und die von ihnen unterhaltenen Einrichtungen verstaatlicht. Da die chinesischen Christen generell verdächtigt wurden, wegen ihrer internationalen Kontakte unsichere Patrioten zu sein, wurden sie verpflichtet, nur solche Organisationen zu gründen, die dem Staat Aufsicht und Kontrolle über sie ermöglichten. Zu diesem Zweck wurden für die Protestanten die „Dreiselbst-Bewegung“, die mit dem Chinesischen Kirchenrat das Leitungsgremium der protestantischen Christen darstellt, und für die Katholiken die „Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung“ gegründet, die mit der Chinesischen Bischofskonferenz zusammen für die Führung der katholischen Kirche verantwortlich ist.

Der Kontakt der katholischen Kirche Chinas zum Papst wurde unterbunden und dem Papst das Recht auf die Ernennung von Bischöfen in China abgesprochen, da dies einen „Eingriff in die inneren Angelegenheiten“ Chinas darstelle. 1958 wurden die ersten Bischöfe gegen das Kirchenrecht ohne Zustimmung des Papstes illegal, wenn auch gültig geweiht, was zu einer Spaltung innerhalb der Katholiken Chinas führte. Viele Katholiken weigerten sich, die zwar von der Regierung, nicht aber vom Papst anerkannten Bischöfe zu akzeptieren, und verließen die vom Staat offiziell anerkannte Kirche, um „im Untergrund“ eine parallele Kirchenstruktur zu errichten.

Die schon restriktive Religionspolitik wurde während der Exzesse der Kulturrevolution (1966–1976) dahingehend verschärft, dass *de facto* alle religiösen Tätigkeiten als „veraltet und obsolet“ verboten wurden. Tempel, Moscheen und Kirchen wurden geschlossen und für andere Zwecke genutzt. Alles öffentliche religiöse Leben kam zu einem Stillstand. Die nach dieser chaotischen Zeit 1982 eingeführte neue chinesische Verfassung garantiert den Bürgern der VR China Religionsfreiheit, die allerdings nur für die in den vom Staat anerkannten religiösen Gemeinschaften Geltung hat, die eine auf den Kult in Tempeln, Moscheen oder Kirchen eingeschränkte Freiheit der Religionsausübung genießen. Offiziell gibt es in der VR China fünf anerkannte Religionsgemeinschaften: Buddhismus, Daoismus, Islam, die katholische Kirche und die protestantische Kirche. Alle anderen vom Staat nicht genehmigten religiösen Tätigkeiten gelten als die innere Ordnung gefährdende Verstöße gegen bestehende Gesetze, die von den Behörden als kriminelle Taten eingestuft und entsprechend geahndet werden.

### Die Situation der katholischen Kirche

Die Spannungen zwischen den Katholiken, die in den offiziell anerkannten Kirchen und jenen, die im Untergrund ihre religiöse Heimat sehen, haben sich in den letzten Jahren verringert. Immer mehr Bischöfe, die zunächst ohne Zustimmung des Papstes geweiht wurden, haben nachträglich eine päpstliche Anerkennung gefunden. Auch ohne die Aufnahme von gegenseitigen diplomatischen Beziehungen hatte sich zwischen den chinesischen Religionsbehörden und dem Vatikan eine Vorgehensweise eingespielt, nach der die Bischofskandidaten zunächst in China ausgewählt wurden, ihre Namen dann an den Vatikan weitergeleitet wurden, um zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu kommen. Bei den zehn in den letzten zwei

Jahren erfolgten Bischofsweihen konnten so die neuen Bischöfe bei ihrer Weihe sowohl auf die staatliche wie auch kirchliche Anerkennung verweisen. In seinem Brief an die chinesischen Katholiken aus dem Jahr 2007 hat Papst Benedikt XVI. diesen Bischöfen nahegelegt, ihre Anerkennung auch nach außen deutlich zu machen, und alle Bischöfe und Priester sowohl in der offiziellen Kirche wie auch im Untergrund aufgefordert, die kirchliche Einheit zu suchen und gemeinsame Gottesdienste zu halten. Zugleich machte der Papst aber auch deutlich, dass in der katholischen Kirche für die Patriotische Vereinigung kein Platz sei und auch die Chinesische Bischofskonferenz so lange nicht anerkannt werden könne, wie die Bischöfe aus dem Untergrund ihr nicht angehören dürften. Die mit dem Brief und anderen positiven Signalen seitens des Vatikans verbundene Erwartung, dass es zu einer Annäherung und Verständigung zwischen Rom und Peking kommen könne, hat sich allerdings in jüngster Zeit zerschlagen.

Der Verlauf des im Dezember 2010 in Peking abgehaltenen „8. Nationalkongresses der Chinesischen Katholiken“ hat zu einer tief gehenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rom und Peking geführt. Im Vorfeld hatten die Religionsbehörden gegen den ausdrücklichen Vorbehalt des Vatikans eine Bischofsweihe vorgenommen, bei der papsttreue Bischöfe gegen ihren Willen gezwungen wurden, als Mitweihende teilzunehmen. In gleicher Weise wurden Bischöfe, Priester und Laien gezwungen, am 8. Nationalkongress in Peking teilzunehmen, und teilweise mit polizeilicher Gewalt aus ihren Häusern geholt. Bischof Joseph Li Liangui, der sich versteckt hielt, wurde von der Diözese Cangzhou wie ein Verbrecher zur Fahndung ausgeschrieben. Bischof Li wurde von den Behörden später dazu gezwungen, einen Entschuldigungsbrief wegen

seines „unerlaubten Fernbleibens von seinen Pflichten“, gemeint ist seine Weigerung, am Nationalkongress teilzunehmen, zu schreiben. Bischof Li wurde daraufhin demonstrativ von den Benutzern des asiatischen katholischen Presседienstes UCA-News zum „Chinesischen Katholiken des Jahres 2010“ gewählt. Auf dem Nationalkongress wurde dann der vom Papst nicht anerkannte Bischof Ma Yingling, Bischof der Diözese Kunming, zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt. Als Vorsitzender der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung wurde Bischof Johann Fang Xingyao von der Diözese Liyi, der zu den vom Papst anerkannten Bischöfen gehört, bestimmt. Zu dem aus sieben Bischöfen bestehenden Leitungsgremium der Bischofskonferenz gehören jetzt drei vom Papst nicht anerkannte Bischöfe. War schon die Teilnahme vieler Bischöfe, Priester und Laien am Nationalkongress durch Druck und Gewalt erzwungen, so wurden auch die Wahlen weitgehend manipuliert: Es gab keine Aussprache zu den Kandidaten für die verschiedenen Ämter, und die Wahlergebnisse wurden gefälscht. Viele Bischöfe und andere Teilnehmer erklärten später, nicht oder ungültig abgestimmt zu haben, und doch seien ihre Stimmen als Zustimmung verbucht worden.

Die Art und Weise, wie der Nationalkongress initiiert und durchgeführt wurde, hat die Beziehungen zwischen Peking und Rom, die lange Zeit auf einem guten Weg schienen, stark belastet und verschlechtert. Bei allen Verhandlungen und Abstimmungen über potenzielle Bischofskandidaten wird der Vatikan in Zukunft mit den vom Papst nicht anerkannten Bischöfen verhandeln müssen. Innerhalb der katholischen Kirche Chinas haben sich die Fronten zwischen den Katholiken in der offiziell vom Staat anerkannten Kirche und denjenigen des Untergrunds wieder verhärtet. Katholi-

ken im Untergrund sehen sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass die staatlichen Institutionen nur eine den Vorstellungen der Kommunistischen Partei und Regierung genehme Form des Katholizismus zulassen wollen, die mit dem katholischen Glauben nicht vereinbar ist.

Die staatlichen Organe und die Kommunistische Partei Chinas haben ihre grundsätzlich feindliche Einstellung gegenüber allen Religionen im Laufe der letzten Jahre modifiziert und den Religionen eine grundsätzlich positive Rolle beim Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ in China eingeräumt. Die Kommunistische Partei hat einsehen müssen, dass ihr Versuch, die Religionen durch restriktive Maßnahmen zum Verschwinden zu bringen, eindeutig gescheitert ist. Es ist der Kommunistischen Partei nicht gelungen, in China das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen, wodurch die Religionen endgültig überflüssig hätten werden sollen. Die Kommunistische Partei musste einsehen, dass trotz aller Verfolgungsmaßnahmen die Zahl der Chinesen, die sich zum Buddhismus, Islam und vor allem zum Christentum bekennen, stetig gestiegen ist.

Am spektakulärsten ist das Wachstum der protestantischen Christen, die 1949 nur siebenhunderttausend Anhänger zählten und deren Zahl heute bei mindestens dreißig Millionen, nach anderen Schätzungen bei fünfzig bis hundert Millionen liegen soll. Die Zahl der Katholiken ist im gleichen Zeitraum von drei Millionen 1949 auf heute circa fünfzehn Millionen gestiegen. Verlässliche Zahlen über die Religionszugehörigkeit sind in der VR China aus vielen Gründen nicht zu ermitteln. Fest steht in jedem Fall, dass der Einfluss der Religionsgemeinschaften in China gewachsen ist. Auch auf den Gebieten der Sozialarbeit, der Gesundheitsfürsorge und der Erziehung sind religiöse Gruppierungen – immer vom Staat kontrolliert und oft behindert – heute wieder tätig.

Die Kommunistische Partei verteidigt zwar weiterhin das ihr nach der Verfassung zustehende Monopol der politischen Machtausübung. Zugleich ist aber unverkennbar, dass sie ihre ideologische Führungsposition eingebüßt hat. Immer wieder sind Parteimitglieder in Korruptionsfälle verstrickt. Auch ist der Widerspruch, sich einerseits auf den Kommunismus zu gründen, aber eine rigoros kapitalistische Wirtschaftspolitik zu betreiben, unglaublich und unhaltbar. Viele Intellektuelle haben sich von den verlogenen ideologischen Positionen der Partei distanziert und sich auf die Suche nach Alternativen gemacht.

### Aufbruch der „Kulturchristen“

Ein in diesem Zusammenhang interessantes Phänomen sind die sogenannten „Kulturchristen“. Es handelt sich um eine Bewegung unter chinesischen Intellektuellen, die in der gegenwärtigen Sinnkrise innerhalb der chinesischen Gesellschaft nach Ersatz für die verbrauchten marxistisch-kommunistischen Ideen suchen. In der philosophischen und theologischen Tradition des Christentums haben viele von ihnen entsprechende Anstöße gefunden, die ihnen beim Aufbau eines alternativen Welt- und Gesellschaftsbildes helfen können.

Die Auseinandersetzung mit christlichen Ideen führt nicht notwendig zur Taufe und Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche, ist aber hilfreich, christlichem Gedankengut über den Bereich der Kirchen hinaus in der chinesischen Gesellschaft Geltung zu verschaffen.

### Angst vor Kontrollverlust

Die rigorose Kontrolle aller religiösen Aktivitäten ist nur Ausdruck der generellen Angst der chinesischen Regierung und der Kommunistischen Partei, ihre Alleinherrschaft auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und vor allem ideologischen Wirkens verlieren zu können.

Im Zusammenhang mit den politischen Unruhen im Nahen Osten zeigte sich die Nervosität der politischen Führung in der verschärften Kontrolle des Internets und der Sperrung aller Webseiten, in denen mit Anspielung auf die sogenannte „Jasmin-Revolution“ in arabischen Ländern zu Demonstrationen in Peking aufgerufen wurde. Ausländische Reporter, die über eventuelle Demonstrationen berichten wollten, wurden entgegen den eigentlich seit den Olympischen Spielen in Peking bestehenden Regelungen, die solche Berichterstattung erlauben, an ihrer Arbeit gehindert und zum Teil vorübergehend festgenommen.

**Die Maiausgabe der Politischen Meinung**  
wird sich neben aktuellen Themen  
wie den Konsequenzen aus der Katastrophe in Japan  
in ihrem Schwerpunkt der Frage nach den Möglichkeiten  
politischer Partizipation in der repräsentativen Demokratie  
in Deutschland stellen.